

12° redenen van de schuldoverlast (slechts de beslissende redenen aanduiden) :

- onvoldoend inkomen :
- werkloosheid :
- ziekte :
- scheiding :
- onaangepast levensstijl :
- overige, preciseren :

13° ondernomen stappen :

- afbetalingsplan
- gerechtelijk akkoord
- terugbetaling door het afbetalingsfonds
- terugbetaling door tussenkomst van het OCMW
- gedeeltelijke kwijtschelding van de intresten
- opheffing van de loonoverdracht of van het beslag
- verwijzing naar het referentiecentrum
- indiening van een collectieve schuldenregeling
- overige

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van 15 juni 2004 betreffende de schuldbemiddeling Eupen, 15 juni 2004.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
H. NIESSEN

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4687

[C — 2004/33088]

26. AUGUSTUS 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, der Deutschsprachigen Gemeinschaft die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitglieds der Föderalregierung berufen werden

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der Artikel 121, 130, 132 und 139 der Verfassung;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere des Artikels 51, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 22. Juli 2004;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Regelung der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Minister im Interesse der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — Die Kabinette der Mitglieder der Regierung

Abschnitt 1 — Aufgaben und Zusammensetzung

Artikel 1 - Jeder Minister verfügt über ein Kabinett.

Der Aufgabenbereich jedes Kabinetts wird wie folgt festgelegt:

- die Angelegenheiten, die einen Einfluss auf die allgemeine Politik der Regierung oder auf die Arbeiten des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben können;

- die Nachforschungen und Studien, die dazu geeignet sind, die persönliche Arbeit des Mitglieds der Regierung zu erleichtern;

- die Vorlage der Akten des Ministeriums;

- der Empfang und das Öffnen seiner persönlichen Post;

- seine besondere Korrespondenz;

- die Anträge auf Audienz;

- die Öffentlichkeitsarbeit und die Presseschau.

Art. 2 - Jedes Kabinett verfügt über höchstens vier Mitglieder mit einer Gehaltstabelle höchstens der Stufe I.

Der Ministerpräsident kann ein zusätzliches Mitglied mit einer Gehaltstabelle der Stufe I in sein Kabinett aufnehmen.

Art. 3 - § 1. Für die Ausführungsarbeiten kann jedes Kabinett höchstens über zwei Mitarbeiter mit Gehaltstabellen der Stufen II+, II und/oder III verfügen.

Zusätzlich verfügt jedes Kabinett über einen Fahrer mit einer Gehaltstabelle der Stufe III, der jeweils ebenfalls mit Hausmeisterarbeiten betraut werden kann.

§ 2. Die Anzahl der Telefonisten (Gehaltstabelle der Stufe III) ist auf eine Vollzeit- oder zwei Teilzeitkräfte für die Gesamtheit der Regierung beschränkt.

Als Hausmeister der Regierung können eine Vollzeitkraft oder zwei Teilzeitkräfte mit einer Gehaltstabelle der Stufe III eingestellt werden. Diese können auch als Fahrer eingesetzt werden.

Die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Personalmitglieder unterstehen dem Ministerpräsidenten.

Art. 4 - Die in Artikel 2 und 3 erwähnten vollzeitig beschäftigten Mitglieder und Mitarbeiter können jeweils durch zwei Teilzeitkräfte ersetzt werden.

Art. 5 - Die Rechtsposition aller in den Artikeln 2, 3 und 4 erwähnten Personalmitglieder der Kabinette ist statutarisch und das Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge ist auf sie nicht anwendbar. Die Personalmitglieder der Kabinette, auf die Artikel 11 anwendbar ist, sind jedoch den Bestimmungen bezüglich des garantierten Lohns im Falle einer durch Krankheit bedingten Arbeitsunfähigkeit, außer bei einer Berufskrankheit, oder einer durch Unfall bedingten Arbeitsunfähigkeit, außer bei Arbeitsunfall oder Unfall auf dem Arbeitsweg, unterworfen.

Art. 6 - Die vertraglichen oder statutarischen Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Verwaltung des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen nicht in ein Kabinett eines Ministers der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berufen werden.

Art. 7 - Personalmitglieder des öffentlichen Dienstes oder des subventionierten Unterrichtswesens dürfen nur dann in ein Kabinett berufen werden, wenn sie während ihrer Kabinetttätigkeit ihre Funktion im öffentlichen Dienst bzw. im subventionierten Unterrichtswesen nicht ausüben und die damit verbundenen Befugnisse nicht wahrnehmen.

Abschnitt 2 — Ernennungen und Arbeitsweise

Art. 8 - Die Personalmitglieder jedes Kabinetts werden vom betroffenen Minister ernannt und entlassen.

Art. 9 - Das dazu vom Minister bestimmte Mitglied des Kabinetts leitet die Mitteilungen und Anweisungen des jeweiligen Ministers dem Generalsekretär des Ministeriums auf dem hierarchischen Weg zu.

Art. 10 - Die Kabinettsmitglieder dürfen nur mit der Erlaubnis des betroffenen Ministers direkt mit dem Ministerium verhandeln.

Abschnitt 3 — Bezahlung, Zulagen und Entschädigungen

Art. 11 - § 1. Den in Artikel 2 erwähnten Mitgliedern der Kabinette der Gehaltsstufe I, die nicht zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Kabinettsentschädigung gewährt, die pro Kabinett höchstens folgenden Gehaltstabellen des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsprechen:

- ein Kabinettschef: I/11
- die übrigen Mitarbeiter der Stufe I: I/8

Die im ersten Absatz erwähnten Kabinettsentschädigungen, die höchstens der Gehaltstabelle I.4 des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsprechen, werden erhöht um eine jährliche Kabinettszulage, deren Höchstbetrag, der an den Angelindex 138,01 gebunden ist, 2.382,- Euro beträgt.

§ 2. Das Beginndienstalter der in § 1 erwähnten Kabinettsmitglieder wird pauschal ab dem vollendeten 24. Lebensjahr berechnet und darf 20 Jahre nur dann überschreiten, wenn die darüber hinausgehende Zeit durch Dienstjahre im öffentlichen Dienst bzw. in Kabinetten belegt ist.

§ 3. Den übrigen in Artikel 2 und 3 erwähnten Mitarbeitern der Kabinette, die nicht zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Kabinettsentschädigung gewährt, die der Gehaltstabelle entspricht, die zum gleichwertigen Dienstgrad der Stufen II+, II, oder III des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört, erhöht um eine jährliche Kabinettszulage, deren Höchstbetrag, der an den Angelindex 138,01 gebunden ist, 2.382,- Euro beträgt.

§ 4. Das Beginndienstalter der in § 3 erwähnten Kabinettsmitglieder wird pauschal ab dem vollendeten 20. Lebensjahr berechnet und darf 20 Jahre nur dann überschreiten, wenn die darüber hinausgehende Zeit durch Dienstjahre im öffentlichen Dienst bzw. in Kabinetten belegt ist.

§ 5. Die in §§ 1 und 3 erwähnten Personalmitglieder haben Anspruch auf die zeitlich gestuften Erhöhungen ihrer Gehaltstabelle nach Dienstalter.

Art. 12 - Dem Personal der Kabinette, das zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehört, wird unter Beachtung des Artikels 13 eine Kabinettszulage gewährt.

Unter Berücksichtigung der in der Tabelle des Artikels 11 § 1 vorgesehenen Aufteilung wird jedem Mitglied der Gehaltsstufe I, das zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehört, gemäß der Stelle, die es in Entsprechung zu der in Artikel 11 § 1 vorgesehenen Gehaltstabelle einnimmt, eine jährliche Kabinettszulage mit jeweils folgenden Höchstbeträgen, die an den Angelindex 138,01 gebunden sind, gewährt:

- 8.507,- Euro (I/11)
- 5.785,- Euro (I/8)
- 4.424,- Euro (I/4)

Für die übrigen in Artikel 2 und 3 erwähnten Mitarbeiter, die zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, beläuft sich der Höchstbetrag der jährlichen Kabinettszulage, der an den Angelindex 138,01 gebunden ist, auf 2.382,- Euro.

Art. 13 - § 1. Die Bezahlung des Personals der Kabinette, die zum Personal eines Ministeriums, eines anderen öffentlichen Dienstes oder des subventionierten Unterrichtswesens gehören, wird folgendermaßen geregelt:

1. Wenn der Arbeitgeber das Gehalt weiterhin auszahlt, erhält der Betreffende die in Artikel 11 vorgesehene Kabinettszulage. Dem Herkunftsdiensdienst wird eventuell das Gehalt des Kabinettsmitglieds zurückgezahlt, gegebenenfalls erhöht um die Arbeitgeberkosten. Das zurückzuzahlende Gehalt darf jedoch nicht den Höchstbetrag der durch Artikel 11 für den entsprechenden Dienstgrad vorgesehenen Gehaltstabellen übersteigen.

2. Wenn der Arbeitgeber die Gehaltszahlungen einstellt, erhält der Betreffende anstelle des Gehalts eine Entschädigung, die der in Artikel 11 vorgesehenen entspricht, sowie eine Kabinettszulage. Der Gesamtbetrag, der sich aus der Summe von Entschädigung und Kabinettszulage ergibt, darf jedoch den Betrag nicht übersteigen, der sich aus dem Gehalt und der Zulage zusammensetzt, die der Betreffende erhielte, wenn die Bestimmungen unter 1. auf ihn anwendbar wären.

§ 2. Die Rückzahlung des Gehalts der Personalmitglieder der nationalen Ministerien, die in ein Kabinett eines Mitgliedes der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgestellt werden, wird nach den Modalitäten vorgenommen, die durch Königlichen Erlass festgelegt sind.

Art. 14 - § 1. Am Ende der Legislaturperiode oder im Falle seines Rücktritts kann der betroffene Minister den Personalmitgliedern des Kabinetts eine pauschale Abgangsentschädigung zu den folgenden Bedingungen zuerkennen.

§ 2. Für die in Artikel 11 erwähnten Personalmitglieder der Kabinette umfasst die Abgangsentschädigung:

- gegebenenfalls die restliche Kabinettsentschädigung für den laufenden Monat;
- pro angefangener Dienstperiode von fünf Jahren in einem Kabinett der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils ein Betrag in Höhe von drei monatlichen Kabinettsentschädigungen.

Die Abgangsentschädigung wird in monatlichen Raten ausgezahlt. Von der Abgangsentschädigung wird die während der Zahlungsperiode dem betroffenen Personalmitglied gegebenenfalls zustehende Arbeitslosenentschädigung abgezogen.

Die Abgangsentschädigung wird nur dann ausbezahlt, wenn das betroffene Personalmitglied keine Funktion in einem ministeriellen Kabinett, in einer Dienststelle oder subventionierten Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in einer Dienststelle des Staates, der Gemeinschaften oder Regionen, in einem anderen öffentlichen Dienst oder in einer subventionierten Lehranstalt ausübt, noch eine Pension zu Lasten der Staatskasse oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezieht. Falls einer der genannten Umstände eintritt, werden die monatlichen Zahlungen beendet.

Das betroffene Personalmitglied bestätigt schriftlich, dass keiner der im vorigen Absatz angeführten Umstände eingetreten ist.

§ 3. Für die in Artikel 12 erwähnten Personalmitglieder der Kabinette umfasst die Abgangsentschädigung:

- gegebenenfalls die restliche Kabinettszulage für den laufenden Monat;
- pro angefangener Dienstperiode von fünf Jahren in einem Kabinett der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils ein Betrag, der einer einmonatigen Kabinettszulage entspricht.

Die Abgangsentschädigung wird in monatlichen Raten ausbezahlt.

§ 4. Die Abgangsentschädigung ist weder für die Anwendung der Gesetzgebung über die Arbeitslosigkeit noch für die Berechnung der Abgaben der Sozialsicherheit als Entlohnung anzusehen.

Art. 15 - § 1. Den Fahrern wird zusätzlich zu der in Artikel 11 § 3 beschriebenen Kabinettszulage eine monatliche Pauschalzulage in Höhe von 248,- Euro gewährt.

Jedem Fahrer steht außerdem monatlich eine Entschädigung in Höhe von 161,- Euro für die Berufskosten zu.

Der Regentenerlass vom 30. März 1950 bezüglich der Zulagen für außergewöhnliche Dienstleistungen und der Königliche Erlass vom 24. Dezember 1964 zur Festlegung der Entschädigungen für Aufenthaltskosten sind auf die Fahrer nicht anwendbar.

§ 2. Den Kabinettschefs kann eine jährliche Pauschalentschädigung für Aufenthaltskosten von 1.812,- Euro gewährt werden.

Die Entschädigung wird nur dann gewährt, wenn die Funktion im betroffenen Monat an mehr als fünf aufeinander folgenden Tagen ausgeübt wird.

Die Entschädigung wird während der Abwesenheit aufrechterhalten, die im betroffenen Monat fünf aufeinander folgende Tage nicht übersteigt. Sie wird außerdem während des Jahresurlaubes aufrechterhalten.

Art. 16 - Das Personal der Kabinette erhält die Familienzulage, die Geburtszulage, die Haushalts- oder Wohnortszulagen, das Urlaubsgeld und die Jahresendzulage zum Satz und zu den Bedingungen, wie sie für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten.

Art. 17 - § 1. Für die Gewährung der Fahrtentschädigungen werden die Kabinettsmitglieder mit den entsprechenden Dienstgraden des Personals des Ministeriums der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gleichgesetzt.

§ 2. Die von der Regierung dazu bezeichneten Personalmitglieder der Kabinette sind berechtigt, für ihre Fahrten ihr persönliches Fahrzeug zu benutzen zu den Bedingungen, die im Königlichen Erlaß vom 18. Januar 1965 über die allgemeine Regelung der Fahrtkosten für den entsprechenden Dienstgrad des Personals der Ministerien vorgesehen sind. Sie sind von der Führung eines Fahrtenbuches befreit.

Die Erlaubnis zur Benutzung des persönlichen Fahrzeugs wird durch einen speziellen Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft geregelt.

Art. 18 - § 1. Die in den Artikeln 11, 12 und 15 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen werden jedem Kabinettsmitglied nachträglich am Monatsende ausgezahlt.

Die monatliche Entschädigung oder Zulage beträgt 1/12 des jährlichen Betrags. Wenn die Entschädigung oder Zulage nicht für den ganzen Monat geschuldet wird, wird sie gemäß den durch das finanzielle Statut des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Bestimmungen ausbezahlt.

§ 2. Für die in den Artikeln 11, 12 und 15 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen ist die für die Besoldung der Beamten vorgesehene Mobilitätsregelung anwendbar. Sie sind an den Angelindex 138,01 gekoppelt.

Davon ausgenommen sind die in Artikel 15 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen monatlichen Pauschalzulagen für Fahrer.

§ 3. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 14, entscheidet die Regierung ob und in welchem Maße die in Artikel 11, 12, 15 und 16 vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen geschuldet werden, wenn ein Personalmitglied eines Kabinetts seine Kabinettsfunktion nicht ausübt.

KAPITEL II — Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in ein Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung berufen werden

Art. 19 - Die Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können Mitglieder des Kabinetts eines Mitgliedes der Föderalregierung werden, wenn sie vorher die Erlaubnis des für das Personal zuständigen Ministers erhalten.

Die Erlaubnis kann nur erteilt werden, wenn der König eine Verordnung erlassen hat, die die Modalitäten der Rückzahlung des Gehalts der im ersten Absatz erwähnten Personalmitglieder regelt.

Art. 20 - Artikel 7 ist anwendbar auf die Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in das Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung abgestellt sind.

Art. 21 - Das Gehalt der in Artikel 19 Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder wird durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausbezahlt.

Die Rückzahlung an die Deutschsprachige Gemeinschaft wird vorgenommen aufgrund einer dreimonatlichen Aufstellung, die dem betroffenen Mitglied der Föderalregierung durch die Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt wird.

Die Anfrage zur Rückzahlung wird zu Beginn jedes Trimesters für das abgelaufene Trimester eingereicht.

KAPITEL III — *Übergangs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

Art. 22 - Vorliegender Erlass ist nicht anwendbar auf die Kabinette der vor dem 6. Juli 2004 amtierenden Regierung.

Art. 23 - Der Erlass der Regierung vom 14. Juli 1999 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung berufen werden, ist aufgehoben.

Art. 24 - Vorliegender Erlass wird am 6. Juli 2004 wirksam.

Art. 25 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 26. August 2004

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden,
K. H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung,
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport,
Frau I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 4687

[C - 2004/33088]

26 AOÛT 2004. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres du Gouvernement de la Communauté germanophone ainsi que sur les membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu les articles 121, 130, 132 et 139 de la Constitution;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 51, modifié par la loi du 16 juillet 1993;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 22 juillet 2004;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant qu'après l'élection des nouveaux membres du Gouvernement, il faut adopter sans délai le règlement relatif à la composition et au fonctionnement des cabinets ministériels afin de garantir la continuité du travail gouvernemental;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Les cabinets des membres du gouvernement*

Section 1^{re}. — Attributions et composition

Article 1^{er}. Chaque Ministre dispose d'un cabinet.

Les attributions de chaque cabinet sont fixées comme suit :

- les affaires susceptibles d'influencer la politique générale du Gouvernement ou les travaux du Conseil de la Communauté germanophone;
- les recherches et les études propres à faciliter le travail personnel du membre du Gouvernement;
- la présentation des dossiers du Ministère;
- la réception et l'ouverture de son courrier personnel;
- sa correspondance particulière;
- les demandes d'audience;
- les relations publiques et la revue de presse.

Art. 2. Chaque cabinet dispose au maximum de quatre membres ayant au plus une échelle de traitement du niveau I.

Le Ministre-Président peut prendre dans son cabinet un membre supplémentaire ayant une échelle de traitement du niveau I.

Art. 3. § 1^{er}. Pour les travaux d'exécution, chaque cabinet peut disposer au plus de deux collaborateurs ayant une échelle de traitement du niveau II+, II et/ou III.

De plus, chaque cabinet dispose d'un chauffeur ayant une échelle de traitement du niveau III et auquel peuvent également être confiées des tâches de concierge.

§ 2. Le nombre de téléphonistes (échelle de traitement du niveau III) est limité à un emploi à temps plein ou 2 emplois à temps partiel pour l'ensemble du Gouvernement.

Peuvent être engagées comme concierge du Gouvernement une personne à temps plein ou 2 à temps partiel ayant une échelle de traitement du niveau III. Elles peuvent également être affectées comme chauffeurs.

Les membres du personnel visés dans le présent paragraphe relèvent du Ministre-Président.

Art. 4. Les membres et collaborateurs à temps plein visés aux articles 2 et 3 peuvent chacun être remplacés par deux personnes occupées à temps partiel.

Art. 5. La position juridique de tous les membres du personnel de cabinet visés aux articles 2, 3, et 4 est statutaire et la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail ne leur est pas applicable. Les membres du personnel de cabinet auxquels l'article 11 est applicable sont toutefois soumis aux dispositions relatives au salaire garanti en cas d'incapacité de travail résultant d'une maladie autre qu'une maladie professionnelle ou d'un accident autre qu'un accident du travail ou sur le chemin du travail.

Art. 6. Les membres du personnel contractuels et statutaires du Ministère de la Communauté germanophone ainsi que de l'administration du Conseil de la Communauté germanophone ne peuvent être appelés auprès du cabinet d'un Ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 7. Des membres du personnel des services publics ou de l'enseignement subventionné appelés à faire partie d'un cabinet ne peuvent rester en fonction dans les services publics resp. dans l'enseignement subventionné ni continuer à en exercer les attributions pendant qu'ils sont actifs auprès dudit cabinet.

Section 2. — Nominations et fonctionnement

Art. 8. Le personnel de chaque cabinet est nommé et révoqué par le Ministre concerné.

Art. 9. Le membre de cabinet désigné à cet effet par le Ministre transmet les communications et instructions dudit Ministre au Secrétaire général du Ministère par la voie hiérarchique.

Art. 10. Les membres des cabinets ne peuvent traiter directement avec le Ministère qu'avec l'autorisation du Ministre concerné.

Section 3. — Rétribution, allocations et indemnités

Art. 11. § 1^{er}. Il est alloué aux membres de cabinet visés à l'article 2 ayant une échelle de traitement du niveau I et ne faisant pas partie du service public ou de l'enseignement subventionné une allocation de cabinet tenant lieu de traitement qui, par cabinet, correspond au plus aux échelles de traitement suivantes du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, à savoir:

- un chef de cabinet I/11
- autres collaborateurs de niveau I I/8

Les allocations de cabinet mentionnées au premier alinéa, qui correspondent au plus à l'échelle de traitement I.4 du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, sont majorées d'un supplément d'allocation annuel dont le montant maximal, lié à l'index-pivot 138,01, est de 2.382,00 EUR.

§ 2. Lors de l'entrée en service, l'ancienneté des membres de cabinet visés au § 1^{er} est calculée de manière forfaitaire à partir de l'âge de 24 ans accomplis et ne peut dépasser 20 ans que lorsque le dépassement a été presté dans les services publics ou dans des cabinets.

§ 3. Il est alloué aux collaborateurs de cabinet visés aux articles 2 et 3 qui ne font pas partie du service public ou de l'enseignement subventionné, une allocation de cabinet tenant lieu de traitement qui correspond à l'échelle de traitement applicable à des grades équivalents des niveaux II+, II ou III du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, majorée d'un supplément d'allocation annuel dont le montant maximal, lié à l'index-pivot 138,01, est de 2.382,00 EUR.

§ 4. Lors de l'entrée en service, l'ancienneté des membres de cabinet visés au § 3 est calculée de manière forfaitaire à partir de l'âge de 20 ans accomplis et ne peut dépasser 20 ans que lorsque le dépassement a été presté dans les services publics ou dans des cabinets.

§ 5. Les membres du personnel visés aux §§ 1^{er} et 3 ont droit aux augmentations intercalaires suivant leur ancienneté pécuniaire.

Art. 12. Moyennant respect de l'article 13, il est alloué un supplément d'allocation au personnel de cabinet faisant partie du service public ou de l'enseignement subventionné.

En tenant compte de la répartition prévue dans le tableau de l'article 11, § 1^{er}, il est alloué à chaque membre ayant une échelle de traitement de niveau I et faisant partie du service public ou de l'enseignement, selon la place qui lui revient d'après l'échelle de traitement fixée à l'article 11, § 1^{er}, un supplément d'allocation annuel dont le montant maximal, lié à l'indice-pivot 138,01, est respectivement de:

- 8.507,00 EUR (I/11)
- 5.785,00 EUR (I/8)
- 4.424,00 EUR (I/4)

Pour les autres collaborateurs visés aux articles 2 et 3 faisant partie du service public ou de l'enseignement subventionné, le montant maximal du supplément d'allocation annuel, lié à l'indice-pivot 138,01, est de 2.382,00 EUR.

Art. 13. § 1^{er}. La rétribution du personnel de cabinet appartenant au personnel d'un ministère, d'un autre service public ou de l'enseignement subventionné est réglée comme suit:

1° Lorsque l'employeur poursuit le paiement du traitement, l'intéressé obtient le supplément d'allocation prévu à l'article 11. Le service d'origine se voit éventuellement rembourser le traitement du membre de cabinet, augmenté le cas échéant des charges patronales; le traitement à rembourser ne peut cependant dépasser le montant maximal de l'échelle prévu à l'article 11 pour le grade correspondant.

2° Lorsque l'employeur suspend le paiement du traitement, l'intéressé obtient une allocation tenant lieu de traitement correspondant à celle prévue à l'article 11 ainsi qu'un supplément d'allocation. Le montant total, obtenu en additionnant l'allocation et le supplément d'allocation ne peut cependant pas dépasser le montant du traitement majoré du supplément d'allocation que l'intéressé obtiendrait si les dispositions du 1° lui étaient applicables.

§ 2. Le remboursement du traitement des membres du personnel des ministères nationaux qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement de la Communauté germanophone est effectué selon les modalités fixées par arrêté royal.

Art. 14. § 1^{er}. A la fin de la législature ou s'il démissionne, un Ministre peut, aux conditions suivantes, octroyer une allocation forfaitaire de départ aux membres du personnel de son cabinet.

§ 2. Pour les membres du personnel de cabinet visés à l'article 11, l'allocation de départ comprend:

- le cas échéant l'allocation de cabinet restant pour le mois en cours;
- par tranche entamée de cinq ans d'ancienneté de service dans un cabinet du Gouvernement de la Communauté germanophone, un montant représentant trois mois d'allocations de cabinet.

L'allocation de départ est liquidée par tranches mensuelles. L'allocation de chômage à laquelle le membre du personnel en question aurait éventuellement droit pendant la période de paiement est déduite de l'allocation de départ.

L'allocation de départ n'est payée que lorsque le membre du personnel concerné n'est titulaire ni d'une fonction dans un cabinet ministériel, dans un service ou un établissement subventionné par la Communauté germanophone, dans un service de l'Etat, des communautés ou des régions, dans un autre service public ou dans un établissement d'enseignement subventionné ni d'une pension à charge du trésor ou de la Communauté germanophone. S'il se trouve dans l'une des situations visées, les paiements mensuels prennent fin.

Le membre du personnel confirme par écrit qu'il ne se trouve dans aucune des situations visées à l'alinéa précédent.

§ 3. Pour les membres du personnel de cabinet visés à l'article 12, l'allocation de départ comprend:

- le cas échéant le supplément d'allocation restant pour le mois en cours;
- par tranche entamée de cinq ans d'ancienneté de service dans un cabinet du Gouvernement de la Communauté germanophone, un montant représentant un mois de supplément d'allocation.

L'allocation de départ est liquidée par tranches mensuelles.

§ 4. L'allocation de départ n'est à considérer comme rémunération ni pour l'application de la législation sur le chômage ni pour le calcul des retenues de sécurité sociale.

Art. 15. § 1^{er}. Outre le supplément d'allocation mentionné à l'article 11, § 3, il est accordé aux chauffeurs une allocation forfaitaire mensuelle de 248,00 EUR.

De plus, il est octroyé mensuellement à chaque chauffeur une indemnité de 161,00 EUR pour frais professionnels.

L'arrêté du Régent du 30 mars 1950 réglant l'octroi d'allocations pour prestations à titre exceptionnel et l'arrêté royal du 24 décembre 1964 fixant les indemnités pour frais de séjour des membres du personnel des ministères ne sont pas applicables aux chauffeurs.

§ 2. Une indemnité forfaitaire annuelle de 1.812,00 EUR peut être octroyée aux chefs de cabinet pour leurs frais de séjour.

L'indemnité n'est octroyée que lorsque la fonction a été exercée plus de cinq jours consécutivement durant le mois en question.

L'indemnité est maintenue pendant l'absence qui ne dépasse pas cinq jours consécutifs au cours du mois en question. Elle est de plus maintenue pendant le congé de vacances annuelles.

Art. 16. Le personnel des cabinets bénéficie des allocations familiales, de l'allocation de naissance, de l'allocation de foyer ou de résidence, du pécule de vacances et de la prime de fin d'année aux taux et conditions prévus pour le personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 17. § 1^{er}. Pour l'octroi des indemnités de déplacement, les membres de cabinet sont assimilés aux grades correspondants du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2. Pour leurs déplacements, les membres du personnel de cabinet désignés par le Gouvernement sont autorisés à utiliser leur véhicule personnel aux conditions prévues pour le grade correspondant du personnel des ministères par l'arrêté royal du 18 janvier 1965 portant réglementation générale en matière de frais de parcours. Il sont dispensés de la tenue du carnet de route.

L'autorisation d'utiliser une voiture personnelle est réglée par un arrêté spécial du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 18. § 1^{er}. Les indemnités et allocations prévues aux articles 11, 12 et 15 sont payées mensuellement à terme échu à chaque membre de cabinet.

L'indemnité ou l'allocation mensuelle est égale à 1/12^e du montant annuel. Lorsque l'indemnité ou l'allocation n'est pas due pour un mois entier, elle est payée conformément aux dispositions prévues par le statut pécuniaire du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2. Les indemnités et allocations prévues aux articles 11, 12 et 15 sont soumises au régime de mobilité prévu pour la rémunération des fonctionnaires. Elles sont liées à l'indice-pivot 138,01.

Cette disposition ne s'applique pas aux allocations forfaitaires mensuelles pour les chauffeurs prévues à l'article 15 du présent arrêté.

§ 3. Sous réserve des dispositions de l'article 14, le Gouvernement décide si et dans quelle mesure les allocations et indemnités prévues aux articles 11, 12, 15 et 16 sont dues lorsqu'un membre du personnel de cabinet n'exerce pas ses fonctions de cabinet.

CHAPITRE II. — *Les membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral*

Art. 19. Les membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent devenir membre du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral s'ils ont reçu l'autorisation préalable du Ministre compétent en matière de Personnel.

L'autorisation ne peut être accordée que si le Roi a promulgué un arrêté réglant les modalités de remboursement du traitement des membres du personnel mentionnés au premier alinéa.

Art. 20. L'article 7 est applicable aux membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral.

Art. 21. Le traitement des membres du personnel mentionnés à l'article 19, alinéa 1^{er}, est versé par la Communauté germanophone.

Le remboursement à la Communauté germanophone est effectué sur la base d'un état de frais trimestriel transmis au membre concerné du Gouvernement fédéral par les services du Gouvernement de la Communauté germanophone.

La demande de remboursement est introduite au début de chaque trimestre pour le trimestre écoulé.

CHAPITRE III. — *Dispositions transitoires, abrogatoires et finales*

Art. 22. Le présent arrêté n'est pas applicable aux cabinets du Gouvernement en fonction avant le 6 juillet 2004.

Art. 23. L'arrêté du Gouvernement du 14 juillet 1999 portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres du Gouvernement ainsi que sur les membres du personnel des services du Gouvernement appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral est abrogé.

Art. 24. Le présent arrêté sortit ses effets le 6 juillet 2004.

Art. 25. Les Ministres sont chargés, chacun pour ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 26 août 2004.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,
Mme I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 4687

[C — 2004/33088]

26 AUGUSTUS 2004. — Besluit van de Regering van de Duitstalige gemeenschap betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de regeringsleden alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen om in het kabinet van een lid van de Federale Regering mee te werken

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de artikelen 121, 130, 132 en 139 van de Grondwet;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 51, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 22 juli 2004;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat na de verkiezing van de nieuwe regeringsleden de regeling over de samenstelling en de werking van de ministeriële kabinetten zonder uitstel moet worden aangenomen om voor de continuïteit van de regeringsarbeid te zorgen;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Lokale Besturen;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *De kabinetten van de regeringsleden*

Afdeling 1. — Bevoegdheden en samenstelling

Artikel 1. Elke Minister beschikt over een kabinet.

De bevoegdheden van elk kabinet zijn als volgt bepaald:

- de zaken welke van dien aard zijn dat zij invloed kunnen uitoefenen op het algemeen beleid van de Regering of op de werkzaamheden van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;
- de onderzoeken en de studies ter vergemakkelijking van de persoonlijke taak van het regeringslid;
- het voorleggen van de dossiers van het Ministerie;

- het ontvangen en het opnemen van de tot hem persoonlijk gerichte brieven;
- zijn particuliere briefwisseling;
- de vragen om gehoor;
- het public relations-werk en het persoverzicht.

Art. 2. Elk kabinet beschikt maximaal over vier leden die een weddeschaal van ten hoogste niveau I genieten.

De Minister-President mag in zijn kabinet een bijkomend lid opnemen dat een weddeschaal van ten hoogste niveau I geniet.

Art. 3. § 1. Voor het uitvoeringswerk mag elk kabinet ten hoogste over twee medewerkers beschikken die een weddeschaal van niveau II+, II en/of III genieten.

Bovendien beschikt elk kabinet over een autobestuurder die een weddeschaal van niveau III geniet en met de opdrachten van een conciërge kan worden belast.

§ 2. Voor de hele Regering is het aantal telefonisten (weddeschaal van niveau III) beperkt tot 1 persoon met een voltijdbaan of 2 personen met een deeltijdbaan.

Als conciërge kunnen ofwel één persoon met een voltijdbaan of twee personen met een deeltijdbaan aangeworven worden die een weddeschaal van niveau III genieten. Deze kunnen ook als autobestuurder aangewezen worden.

De personeelsleden bedoeld in dit paragraaf ressorteren onder de Minister-President.

Art. 4. De leden en medewerkers met een voltijdbaan bedoeld bij de artikelen 2 en 3 kunnen door twee personen met een deeltijdbaan vervangen worden.

Art. 5. De rechtspositie van alle personeelsleden van de kabinetten bedoeld in de artikelen 2, 3 en 4 is statutair en de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten is niet op hen toepasselijk. De personeelsleden van de kabinetten op wie artikel 11 van toepassing is, zijn echter onderworpen aan de bepalingen over het gewaarborgd loon bij een arbeidsonbekwaamheid door een andere ziekte dan een beroepsziekte of bij een arbeidsonbekwaamheid door een ander ongeval dan een arbeidsongeval of een ongeval op de arbeidsweg.

Art. 6. De contractuele en statutaire personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap alsmede van het bestuur van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap mogen niet worden aangewezen om deel uit te maken van het kabinet van een Minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 7. Personeelsleden van de openbare diensten of van het gesubsidieerd onderwijs mogen slechts worden aangewezen om van een kabinet deel uit te maken, indien zij noch hun ambt in de openbare diensten of in het gesubsidieerd onderwijs noch de bevoegdheden ervan tijdens hun bezigheid bij het kabinet blijven waarnemen.

Afdeling 2. — Benoemingen en werking

Art. 8. Het personeel van elk kabinet wordt door de betrokken Minister benoemd en ontslagen.

Art. 9. Het daartoe door de Minister aangewezen kabinetslid zendt de mededelingen en de instructies van de Minister langs de hiërarchische weg aan de secretaris-generaal van het Ministerie door.

Art. 10. De kabinetsleden mogen slechts met het akkoord van de betrokken Minister direct met het Ministerie onderhandelen.

Afdeling 3. — Betaling, toelagen en vergoedingen

Art. 11. § 1. Aan de in artikel 2 bedoelde kabinetsleden die een weddeschaal van niveau I genieten en niet tot de openbare diensten of het gesubsidieerd onderwijs behoren, wordt een als wedde geldende kabinetstoelage toegekend die per kabinet ten hoogste overeenstemt met de volgende weddeschalen geldig voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, d.w.z. :

- een kabinetschef I/11
- overige medewerkers I/8

De in het eerste lid vermelde kabinetstoelagen die ten hoogste met de weddeschaal I.4 overeenstemmen, worden verhoogd met een jaarlijkse aanvullende toelage waarvan het maximaal bedrag 2.382,00 EUR belooft en aan het spilindex 138,01 gekoppeld is.

§ 2. Bij de indiensttreding wordt de dienstanciënniteit van de kabinetsleden bedoeld in § 1 forfaitair berekend vanaf de volle leeftijd van 24 jaar en mag 20 jaar pas overschrijden wanneer de overschrijding overeenstemt met dienstprestaties bij de openbare diensten of bij kabinetten.

§ 3. Aan de overige kabinetsmedewerkers bedoeld in de artikelen 2 en 3, die niet tot de openbare diensten of het gesubsidieerd onderwijs behoren, wordt een als wedde geldende kabinetstoelage toegekend die overeenstemt met de weddeschaal die gepaard gaat met de gelijkwaardige graad van de niveaus II+, II of III toepasselijk op het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, verhoogd met een jaarlijkse aanvullende toelage waarvan het maximaal bedrag 2.382,00 EUR belooft en aan het spilindex 138,01 gekoppeld is.

§ 4. Bij de indiensttreding wordt de dienstanciënniteit van de kabinetsleden bedoeld in § 3 forfaitair berekend vanaf de volle leeftijd van 20 jaar en mag 20 jaar pas overschrijden wanneer de overschrijding overeenstemt met dienstprestaties bij de openbare diensten of bij kabinetten.

§ 5. De personeelsleden bedoeld in de §§ 1 en 3 hebben recht op de tussentijdse verhogingen naargelang hun geldelijke anciënniteit.

Art. 12. Aan het kabinetpersoneel behorend tot de openbare diensten of tot het gesubsidieerd onderwijs wordt onder naleving van artikel 13 een aanvullende toelage toegekend.

Met inachtneming van de verdeling waarin de tabel van artikel 11, § 1, voorziet, wordt aan ieder lid, naargelang de plaats die hem in overeenstemming met de in artikel 11, § 1, vastgelegde tabel toekomt, een jaarlijkse aanvullende toelage toegekend met een maximaal bedrag dat

- 8.507,00 (I/11) EUR
- 5.785,00 (I/8) EUR
- 4.424,00 (I/4) EUR

beloopt en aan het spilindex 138,01 gekoppeld is.

Voor de overige medewerkers bedoeld in de artikelen 2 en 3 behorend tot de openbare diensten of tot het gesubsidieerd onderwijs bedraagt de jaarlijkse, aan het spilindex 138,01 gekoppelde aanvullende toelage ten hoogste 2.382 EUR.

Art. 13. § 1. De betaling van het kabinetspersoneel dat tot het personeel van een Ministerie, tot een andere openbare dienst of tot het gesubsidieerd onderwijs behoort, wordt als volgt geregeld :

1° Indien de werkgever de wedde blijft betalen, verkrijgt de belanghebbende de aanvullende toelage bepaald in artikel 11. Eventueel wordt de wedde van het kabinetlid, desgevallend verhoogd met de werkgeversbijdragen, aan de dienst van oorsprong terugbetaald. De wedde die moet worden terugbetaald, mag nochtans het maximumbedrag van de weddeschalen niet overschrijden die voor de overeenstemmende graad in artikel 11 zijn vastgelegd.

2° Indien de werkgever de wedde niet blijft betalen, bekomt de belanghebbende een als wedde geldende toelage overeenstemmend met degene bepaald in artikel 11 en een aanvullende toelage. Het totaal bedrag bestaande uit de toelage plus de aanvullende toelage mag nochtans niet hoger liggen dan het uit de wedde plus de toelage bestaande bedrag dat de belanghebbende zou verkrijgen, indien de onder 1° bepaalde maatregelen op hem toepasselijk zouden zijn.

§ 2. De terugbetaling van de wedde der personeelsleden van de nationale ministeries die bij het kabinet van een lid van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap gedetacheerd zijn, wordt volgens de modaliteiten uitgevoerd die door een koninklijk besluit zijn vastgelegd.

Art. 14. § 1. Op het einde van de zittingsperiode of bij ontslag kan de betrokken Minister, onder de volgende voorwaarden, een forfaitaire toelage wegens ontslag toekennen aan de personeelsleden van zijn kabinet.

§ 2. Voor de in artikel 11 bedoelde personeelsleden van de kabinetten omvat de toelage wegens ontslag :

- desgevallend de voor de lopende maand resterende kabinetstoelage;

- per aangevangen schijf van vijf jaar dienstanciënniteit in een kabinet van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, een bedrag overeenstemmend met drie maanden kabinetstoelage.

De toelage wegens ontslag wordt in maandelijkse schijven uitbetaald. De werkloosheidsuitkering waarop het betrokken personeelslid eventueel recht zou hebben tijdens de uitbetalingsperiode wordt afgetrokken van de toelage wegens ontslag.

De toelage wegens ontslag wordt pas uitbetaald als het betrokken personeelslid geen ambt in een ministerieel kabinet, in een dienst of gesubsidieerde inrichting van de Duitstalige Gemeenschap, in een dienst van de Staat, van de Gemeenschappen of van de Gewesten, in een andere openbare dienst of in een gesubsidieerde onderwijsinrichting uitoefent, noch een pensioen ten laste van de staatskas of van de Duitstalige Gemeenschap geniet. Als één van deze situaties optreedt, dan wordt een einde gemaakt aan de maandelijkse uitbetalingen.

Het betrokken personeelslid bekrachtigt schriftelijk dat geen van de situaties bedoeld in het voorafgaande lid opgetreden is.

§ 3. Voor de in artikel 12 bedoelde personeelsleden van de kabinetten omvat de toelage wegens ontslag:

- desgevallend de voor de lopende maand resterende aanvullende toelage;

- per aangevangen schijf van vijf jaar dienstanciënniteit in een kabinet van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, een bedrag overeenstemmend met één maand aanvullende toelage.

De toelage wegens ontslag wordt in maandelijkse schijven uitbetaald.

§ 4. De toelage wegens ontslag wordt noch voor de toepassing van de wetgeving inzake werkloosheid noch voor de berekening van de inhoudingen voor de sociale zekerheid als bezoldiging beschouwd.

Art. 15. § 1. Naast de bij artikel 11, § 3, bedoelde aanvullende toelage verkrijgen de autobestuurders een maandelijkse forfaitaire toelage van 248,00 EUR.

Bovendien wordt maandelijks aan elke autobestuurder een vergoeding van 161,00 EUR voor de beroepskosten toegekend.

Het besluit van de Regent van 30 maart 1950 de toekenning regelend van de toelagen wegens buitengewone prestaties en het koninklijk besluit van 24 december 1964 tot vaststelling van de vergoedingen wegens verblijfskosten toegekend aan de leden van de ministeries zijn op de autobestuurders niet van toepassing.

§ 2. Aan de kabinetshoofden kan een jaarlijkse forfaitaire vergoeding van 1.812,00 EUR voor verblijfskosten toegekend worden.

De vergoeding wordt pas toegekend als het ambt in de loop van de maand tijdens meer dan 5 opeenvolgende dagen uitgeoefend werd.

De vergoeding wordt tijdens de afwezigheid behouden die in de loop van de betrokken maand vijf opeenvolgende dagen niet overschrijdt. Zij wordt eveneens tijdens het jaarlijks vakantieverlof behouden.

Art. 16. Het kabinetspersoneel geniet kinderbijslag, geboortetoelage, haard- of standplaatstoelage, vakantiegeld en eindejaarspremie tegen het bedrag en onder de voorwaarden die voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bepaald zijn.

Art. 17. § 1. Voor de toekenning van de vergoedingen inzake reiskosten worden de kabinetshoofden met de overeenstemmende dienstgraden van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap gelijkgesteld.

§ 2. De door de Regering aangewezen personeelsleden van de kabinetten zijn ertoe gemachtigd voor dienstreizen van hun eigen wagen gebruik te maken onder de voorwaarden welke het koninklijk besluit van 18 januari 1965 houdende algemene reglementering inzake reiskosten, voor de overeenstemmende dienstgraad van het personeel der Ministeries bepaalt. Ze hoeven niet de reiswijzer bij te houden.

De machtiging om een privé-voertuig te gebruiken wordt geregeld bij een bijzonder besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 18. § 1. De vergoedingen en toelagen bedoeld in de artikelen 11, 12 en 15 worden aan elk kabinetslid maandelijks, na vervallen termijn uitbetaald.

De maandelijks vergoeding of toelage bedraagt 1/12^e van het jaarlijkse bedrag. Wanneer de vergoeding of toelage niet voor de volledige maand verschuldigd is, wordt zij uitbetaald overeenkomstig de regels bepaald in de bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De in de artikelen 11, 12 en 15 bepaalde vergoedingen en toelagen zijn onderworpen aan de mobiliteitsregeling welke geldt voor de bezoldiging van de ambtenaren. Zij zijn gekoppeld aan het spilindex 138,01.

Deze bepaling is niet toepasselijk op de maandelijks forfaitaire vergoedingen ten gunste van de autobestuurders waarin artikel 15 voorziet.

§ 3. Onder voorbehoud van de bepalingen van artikel 14 beslist de Regering of en in welke maat de toelagen en vergoedingen waarin de artikelen 11, 12, 15 en 16 voorzien uit te betalen zijn, wanneer een kabinetspersoneelslid zijn kabinetsambt niet uitoefent.

HOOFDSTUK II. — Personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die aangewezen zijn om van een kabinet van een lid van de Federale Regering deel uit te maken

Art. 19. De personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap kunnen leden van het kabinet van een lid van de Federale Regering worden, indien zij voordien de machtiging van de Minister bevoegd inzake Personeel gekregen hebben.

Deze machtiging mag slechts verleend worden wanneer de Koning een besluit afgekondigd heeft dat de modaliteiten regelt voor de terugbetaling der wedden van de bij het eerste lid bedoelde personeelsleden.

Art. 20. Artikel 7 is van toepassing op de personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die bij het kabinet van een lid van de Federale Regering gedetacheerd zijn.

Art. 21. De wedde van de bij artikel 19, eerste lid, bedoelde personeelsleden wordt door de Duitstalige Gemeenschap uitbetaald.

De terugbetaling aan de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgevoerd volgens een driemaandelijks onkostenstaat die het betrokken lid van de Federale Regering door de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap toegezonden wordt.

De aanvraag tot terugbetaling wordt op het begin van elk trimester ingediend voor het afgelopen trimester.

HOOFDSTUK III. — Overgangs-, opheffings- en slotbepalingen

Art. 22. Voorliggend besluit is niet van toepassing op de kabinetten van de vóór 6 juli 2004 fungerende Regering.

Art. 23. Het besluit van de Regering van 14 juli 1999 betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de regeringsleden alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten van de Regering aangewezen om in het kabinet van een lid van de federale Regering mee te werken, is opgeheven.

Art. 24. Dit besluit heeft uitwerking op 6 juli 2004.

Art. 25. De Ministers zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 26 augustus 2004.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
Mevr. I. WEYKMANS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4688

[C — 2004/33094]

7. OKTOBER 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage für die Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens und des subventionierten Unterrichtswesens

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung bestimmter Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, wie abgeändert;

Auf Grund des Gesetzes vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, wie abgeändert;

Auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch die Gesetze vom 31. März 1967, 6. Juli 1970, 27. Juli 1971, 11. Juli 1973, 19. Dezember 1974, 18. Februar 1977, 2. Juli 1981, den Königlichen Erlass Nr. 296 vom 31. März 1984, den Königlichen Erlass Nr. 456 vom 10. September 1986 und das Dekret vom 17. Februar 1992;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 30. Januar 1967 zur Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal der Ministerien, wie abgeändert;

Auf Grund des Protokolls Nr. S1/2004 OSUW 1/2004 vom 2. Februar 2004, das die Ergebnisse der in gemeinsamer Sitzung geführten Verhandlungen des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des in Artikel 17 § 2 Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 vorgesehenen Unterausschusses enthält;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 21. September 2004;